

Protokoll über die Sitzung des Fachausschusses „Bildung, Kinder und Jugend“ des Stadtteilbeirates Findorff am 17.04.2012 in der Grundschule Admiralstraße, Bibliothek, Winterstraße 20

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.00 Uhr

Nr.: XI/3/12

Anwesend waren:

Frau Gönül Bredehorst
Herr Carsten Cramm
Herr Christian Gloede (bis 19.30 Uhr)
Herr August Kötter
Frau Heidi Locke
Herr Jan Sörnsen
Frau Anja Wohlers

An der Teilnahme waren verhindert:

Frau Katharina Krieger (i.V. Herr Gloede)
Herr Rolf Steinhilber (i.V. Frau Wohlers)

Als Gäste konnten begrüßt werden:

Frau Lüking -} senatorische Behörde für Bildung,
Frau Lenz -} Wissenschaft und Gesundheit
Herr Genthe-Welzel -}
Frau Mehlhop - Grundschule Admiralstraße, Leitung
VertreterInnen des Elternbeirates der Grundschule Admiralstraße
Herr Michael - Oberschule Findorff, Leitung
Herr Hülsemann - Oberschule Findorff, Schulsozialpädagoge
Aus dem Beirat: Herr Döhle, Herr Reinkendorf, Herr Lehrke-Alpers

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde genehmigt, sie lautete wie folgt:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/2/12 vom 01.03.2012

TOP 2: Offene Ganztagschule Admiralstraße
- Anmeldesituation
- Sachstand zur Essensversorgung

TOP 3: Sozialstruktur im Stadtteil Findorff
- Feststellung des Zustandes
- Auswirkungen auf Schule
- Entwicklung von Strategien

TOP 4: Globalmittelanträge

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

TOP 1: **Genehmigung des Protokolls Nr.: XI/2/12 vom 01.03.2012**

Das o.a. Protokoll wurde genehmigt.

TOP 2: Offene Ganztagschule Admiralstraße**- Anmeldesituation****- Sachstand zur Essensversorgung**

Frau Mehlhop berichtete u.a. auf Nachfrage, dass mittlerweile 111 Kinder (von 264) für die offene Ganztagschule angemeldet wurden; einbezogen sind hier die zukünftigen Erstklässler. Das Interesse am offenen Ganztage ist ausgesprochen groß. Viele Eltern haben sich gewünscht, dass die Schule ein detailliertes Konzept vorstellen könnte, was aber in diesem Jahr – auch in der Erwartung dessen, wie viele Anmeldungen konkret vorliegen werden – noch nicht möglich ist. Die Anmeldefrist sei jetzt abgelaufen, aber dennoch erhielt die Schule heute zwei weitere Anfragen – es wird vermutet, dass aus den 111 vorliegenden Anmeldungen einige mehr werden. Es könne nicht auf das Konzept aus dem letzten Jahr zurückgegriffen werden, in dem mit 60 Kindern in der VGS Plus gearbeitet wurde. Aus dem gesamten Kollegium haben sich mehrere Arbeitsgruppen gebildet, die an der Konzeptentwicklung arbeiten; der Elternbeirat unterstützt die Schule entsprechend. In Abstimmung mit dem Elternbeirat wurde ein zukünftiges Zeitraster an die Eltern verteilt und die Bedarfe abgefragt. Das von der Bildungsbehörde vorgelegte Grundzeitraster beinhaltet die Betreuung von 13.00 – 16.00 Uhr (kann bei Bedarf auf 15.00 Uhr verkürzt bzw. auf 17.00 Uhr verlängert werden). Von den 111 befragten Eltern haben derzeit 87 ihre Bedarfe beschrieben – benötigt werden zum Großteil die Zeiten bis 15.00 Uhr und bis 16.00 Uhr; Bedarf bis 17.00 Uhr wurde nur drei mal formuliert. Eine Frühbetreuung kann im Ganztage auch eingerichtet werden; die Zeit von 7.00 bis 8.00 Uhr ist aber so gut wie kaum nachgefragt worden. Das Mittagessen wird nunmehr pro Portion (3,10 Euro) berechnet. Zurzeit werden 60 SchülerInnen in einem Zwei-Schichtsystem verpflegt; für das kommende Schuljahr sorgt die Schule, wie die Essensversorgung dann für 111 Kinder organisiert werden kann, da die Essenszeit definitiv um 14.15 Uhr abgeschlossen ist.

Der Elternbeirat der Grundschule hatte das Thema der mittäglichen Essensverpflegung bereits in einem Schreiben gegenüber dem Bildungsausschuss problematisiert und darin u. a. verlautet, dass eine Essensverpflegung in den Klassenräumen oder in der Turnhalle von den Eltern nicht nur aus hygienischen Gründen definitiv abgelehnt wird.

Frau Lenz berichtete u. a. auf Nachfrage, dass die Behörde schon ein wenig über die hohe Anzahl der Anmeldungen überrascht sei und das bei gleichzeitigem Weiterbestand des Hortes. Dieses bürge aber für die gute Arbeit der Schule. Die Versorgung der voraussichtlich 113 Kinder stelle für alle Beteiligten eine sehr hohe Anforderung dar, den ganzen Tag und auch die Essensversorgung zu strukturieren. Hier müssen Übergangslösungen gefahren werden, da die Räumlichkeiten in der Schule an sich ja schon sehr begrenzt sind.

Frau Lüking berichtete, dass die getroffene Absprache in der Begehung betr. der Erweiterung der Mensa/Abriss von Zwischenwänden/Vergrößerung um den Flurbereich für die hohe Anzahl der SchülerInnen nicht ausreichen wird. Zu erwarten sei ferner ein weiterer Anstieg von Kindern in den darauffolgenden Schuljahren. Es gibt eine Planung aus dem Hause Immobilien Bremen betr. der baulichen Erweiterung der Mensa (Plan sh. Anlage); der Anbau (Form Oktaeder) würde von der jetzigen Räumlichkeit in den kleineren Schulinnenhof führen.

Problematisch sei hier die Bauzeit sowie die geschätzten Baukosten von ca. 500.000,-- Euro. Die Überlegungen nach baulicher Erweiterung der Mensa (90

Plätze)/Umbau der Küche werden der Senatorin am Donnerstag eröffnet – anschließend müsse das Thema der Deputation vorgelegt werden. Wenn eine Erweiterung der Mensa realisiert werden würde, wäre der Erweiterungsbau zum Sommer aber nicht fertig gestellt. Frau Enders aus dem Hause der Bildungsbehörde ist morgen mit Frau Mehlhop im Gespräch, um mögliche Zwischenlösungen im Hause zu eruieren. Wenn es keine Möglichkeit innerhalb dieses Hauses gibt, müsse man als Lösung die Aufstellung von Containern vorantreiben. Frau Mehlhop ergänzte, dass es zu diesem Thema eine enge Zusammenarbeit zwischen der Schule und Immobilien Bremen gibt.

Auf Nachfrage berichteten die Gäste u. a. wie folgt, dass

- es einen Sanierungsplan für die Toiletten gibt. Als Sofortmaßnahme zur Verbesserung der Fluchtmöglichkeiten wurde im Rahmen der durchgeführten Begehung besprochen, dass die Möbel auf den Fluren zu entfernen sind.
- die räumliche Größe der Mensa es hergeben würde, die SchülerInnen auch im gebundenen Ganzttag essenstechnisch zu versorgen (dann, wie bereits in anderen Schulen praktiziert, in drei Schichten).
- die senatorische Dienststelle es anstrebt, die Angelegenheit „Erweiterungsbau Mensa“ in die Deputationssitzung am 10.05. zu bringen.
- aus den Anmeldungen keine Ableitungen gezogen werden können; in allen Klassen ist ein fast ähnlich hoher Anteil von Eltern, die den Bedarf aus verschiedensten Gründen (doppelte Berufstätigkeit der Eltern, aber auch Eltern, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beziehen) angemeldet haben.
- die Ferienbetreuung in dem Konzept mit vorgesehen ist. Die zu diesem Thema eingerichtete Arbeitsgruppe, die sich aus dem Bereich Bildung und Soziales zusammensetzt, tagt regelmäßig. Das Ergebnis, wie die Ferienbetreuung geregelt wird, wird Ende des Monats vorliegen. Die Ferienbetreuung ist kostenpflichtig und kann nicht über die Blaue Karte abgerechnet werden. Der Beitrag ist gestaffelt. Der Höchstsatz beträgt pro Woche 80,--, der geringste Satz 10,-- Euro. Die Ferienbetreuung findet in jedem Fall im Stadtteil statt – ob diese am Schulstandort durchgeführt wird, hängt von der Zahl der Anmeldungen ab (Mindestgruppe von 5 – 6 Kindern). Wird die Mindestzahl unterschritten, werden die Kinder in der Region zusammengefasst.
- für die offene Ganzttagsschule 28 Erstklässler angemeldet wurden.
- sich verbindliche feste Zeiten mit verbindlich gleichbleibenden Gruppen hervorragend bewährt haben und auch von der Elternschaft sehr positiv bewertet wurden. Die Schule möchte im Ganzttag mit der Verbindlichkeit des letzten Jahres weiterarbeiten; in ersten Linie in der Zeit bis 15.00 Uhr in gleichbleibenden Gruppen. Ab 15.00 Uhr müssen neue Gruppen gebildet werden, weil dann nur etwas über die Hälfte der Kinder bleiben wird. Die Betreuung in der Zeit von 16.00 bis 17.00 Uhr ist kostenpflichtig (pro Monat 18,75 Euro). Wenn der Bedarf vorhanden ist, wird eine Gruppe eingerichtet. Die Betreuung in der Zeit von 7.00 bis 8.00 Uhr ist ebenfalls kostenpflichtig (pro Monat 18,75 Euro).
- nicht darüber nachgedacht wurde, eine komplette erste Klasse als Ganztagsklasse einzurichten.

Es ergab sich eine eingehende Aussprache zwischen den Anwesenden.

Der Beirat beauftragte das Ortsamt einvernehmlich der senatorischen Bildungsbehörde mitzuteilen, dass aufgrund der mittlerweile vorliegenden Anmeldezahlen für die offene Ganzttagsschule deutlich geworden ist, dass ein

Erweiterungsbau der Mensa auf dem Gelände der Grundschule Admiralstraße erforderlich wird.

Der Beirat Findorff bedankt sich dafür, dass eine erste Planung für diese Maßnahme vorgelegt werden konnte. In der Beratung ist jedoch auch deutlich geworden, dass die Finanzierung dieses Projektes noch nicht gesichert ist.

Der Beirat Findorff bittet daher eindringlich darum, die notwendigen Mittel zur zeitnahen Realisierung zu bewilligen.

Da die Kapazitäten für die Essensversorgung bereits mit Beginn des neuen Schuljahres benötigt werden, wird eine Übergangslösung erforderlich werden, in deren Entwicklung auch die Elternvertretung der Schule unbedingt einbezogen werden sollte.

Weiter wurde aus dem Ausschuss vorgeschlagen, nach Möglichkeiten zu suchen, dass auch die Eltern der zukünftigen Erstklässler bei Treffen, Begehungen zu konzeptionellen Überlegungen, bei denen Elternbeteiligung gewünscht ist, mit einbezogen werden.

Aus der Bildungsbehörde wurde bemerkt, dass es Wunsch der Behörde sei, nach Wegen zu suchen, dass auch Kinder in die Planungen mit einbezogen werden.

Zum Thema „Zukunft der Schulbibliothek/ungeklärte personelle Situation“ lag dem Ausschuss ein Schreiben des Elternbeirates vor.

Nach kurzer Aussprache wurde das Ortsamt gebeten, gegenüber der senatorischen Dienststelle für Bildung die bereits im November 2011 gefasste Beschlusslage nochmals zu bekräftigen.

Die Beschlusslage lautete wie folgt:

1. Schnellstmögliche Nachbesserung der durch Pensionierung freigewordenen Stelle zur Absicherung der bisherigen Personalstunden.
2. Zusicherung des langfristigen Fortbestehens.
3. Ausreichende finanzielle Absicherung, mit dem Ziel 10 % des Bestandes jährlich erneuern zu können.
4. Die derzeit vorherrschende personelle Ausdünnung der Stundenzahl führt dazu, dass die vorhandenen Bestände nur mangelhaft genutzt werden können.

Abschließend erläuterte Frau Mehlhop den bereits vorliegenden Globalmittelantrag der Schule zur Anschaffung eines Gerätehauses für Spielmaterialien auf dem Schulhof. Dort sollen die Pausenspielgeräte aufbewahrt und in den Pausen von den älteren SchülerInnen ausgegeben werden. Viele vorhandene Spielgeräte befinden sich derzeit in einem sehr kleinen Lagerraum oder müssen auf dem Schulhof angekettet werden. Bei der Ausgabe gibt es aufgrund der Enge stets Probleme und lange Wartezeiten.

Absprache: Die Vergabe der Globalmittel wird auf der nächsten öffentlichen Beiratssitzung (Mai 2012) vorgenommen.

TOP 3: Sozialstruktur im Stadtteil Findorff

- **Feststellung des Zustands**
- **Auswirkungen auf Schule**
- **Entwicklung von Strategien**

Der Vorsitzende teilte zunächst mit, dass dem/der geladenen VertreterIn des Sozialzentrums Mitte/Östliche Vorstadt/Findorff, Herrn Essmann und Frau Kilian, eine Teilnahme an der heutigen Sitzung nicht möglich ist.

Herr Hülsemann erläuterte, dass an der Oberschule Findorff z. Zt. vier Schulpädagogen (im Sommer d. J. kommt noch eine Anerkennungspraktikantin

dazu) tätig sind. Seit fünf Jahren ist er an der Oberschule Findorff als Schulpädagoge tätig (zuvor viele Jahre als Pädagoge am Jugendzentrum Findorff) und vertritt deshalb die Auffassung, dass er sich nach 16-jähriger Arbeit im Bereich der Sozialpädagogik ein gutes Bild über den Stadtteil Findorff erlauben kann. Den Sozialpädagogen an der Schule ist in den letzten 1 ½ Jahren einfach eine Veränderung der Problemlagen (von SchülerInnen, aber auch von deren Eltern) aufgefallen, mit denen die SchülerInnen meist freiwillig in die Beratung kommen und die Schule vor große Herausforderungen stellen:

- Festgestellt wird – auch über Elternberatung oder Hausbesuche –, dass es einen großen Teil von Alleinerziehenden gibt. In diesen Haushalten ist oft eine schlechte Versorgung der Kinder festzustellen; die Kinder kommen häufig ohne ein Frühstück in die Schule.
- In Familien der SchülerInnen gibt es oftmals wenig familiäre Strukturen: kein Wecken, kein gemeinsames Frühstück - viele SchülerInnen sind ganz auf sich allein gestellt und müssen vor der Schule häusliche Aufgaben der Eltern erledigen.
- Eltern bringen Problematiken mit, die auf die Kinder übertragen werden. Den Kindern wird die gesamte Verantwortung für den Rest der Familie übertragen (die Kinder versäumen die Schule, weil sie z. B. kranke Elternteile pflegen müssen, kleinere Geschwister in den Kindergarten bringen oder auf diese aufpassen müssen etc.).
- Eltern sind drogen- oder alkoholabhängig.
- Kinder leiden sehr unter Trennungen der Eltern, haben große Probleme bei Trauerfällen in den Familien; die Kinder haben keinerlei Ansprechpartner (zum dem Thema „Trauerfälle“ wurde ganz aktuell eine Kooperation mit „Trauerland“ eingegangen).
- Ein Problem stellen auch häufig wechselnden Bekannt-/Partnerschaften der Elternteile für die Kinder dar.
- Beengte Wohnsituation/mehrere Kinder – im unterschiedlichen Alter - müssen sich ein Kinderzimmer teilen (steigende Mietpreise in Findorff?!).
- Häusliche Gewalterfahrungen stellen ein großes Problem dar (Eltern untereinander, Kinder gegen die Eltern, Eltern gegen die Kinder).
- Kriminelle Eltern (teilweise mit Hafterfahrungen und zum kriminellen Milieu gehörende).
- Psychische und physische Überforderung der Kinder / Kinder fühlen sich dem Leistungsdruck nicht gewachsen.
- Kinder erhalten keine Unterstützung von Zuhause – in Elterngesprächen wurde deutlich, dass oft auch kein Interesse an dem Kind besteht.
- Kinder werden in Trennungsfällen von beiden Seiten benutzt – nehmen die Schuld für die Trennung auf sich.
- Schulvermeidung (auch aus Co-Abhängigkeit).
- Einige Kinder sind sehr verzweifelt und sprechen über Suizid.
- Allein im Jahre 2011 mussten ca. 10 SchülerInnen der Schule – aktuell gerade zwei Kinder – professionelle Unterstützung im Klinikum Bremen-Ost erhalten.
- Kinder der Schule besuchen regelmäßig ambulante Therapien bei Therapeuten.
- In vielen Familien sind Familienhelfer tätig.

Die bisher gut geführte Zusammenarbeit mit den Sozialzentren/Fallmanagern, dem Gesundheitsamt/“Abt. Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle und

Institutsambulanz (KIPSY), dem Klinikum Bremen-Ost und Freien Trägern wurde intensiviert und ausgebaut.

Herr Michael ergänzte, dass diese Erkenntnisse dadurch vorliegen, dass die Schule Ganztagschule geworden ist und der Kontakt mit den Jugendlichen sehr viel intensiver geworden ist – es besteht inzwischen ein sehr eingespieltes Vertrauen auch zu den Unterstützungssystemen – und diese sich auch mehr öffnen.

Herr Michael betonte, dass die Sozialindikatoren für eine vernünftige Vorhersage von Problemen, die sich im jugendlichen Alltag zeigen, nicht geeignet sind und dringend überprüft werden müssen. Die Sozialindikatoren verhindern, dass die Schule entsprechend mit Programmen ausgestattet wird, um diese Probleme zu lösen. Findorffspezifisch ist die hohe Anzahl von Kindern die Trennungserfahrungen haben, die für Jugendliche in der Pubertät eine sehr problematische Situation darstellen und in Findorff signifikant höher als in anderen vergleichbaren Stadtteilen sind. Aufgrund der Sozialindikatoren leidet ebenfalls das Sozialzentrum, dessen Personalschlüssel nach den Sozialindikatoren berechnet wird – die vorliegenden Fallzahlen sind aber exorbitant.

Das Problem der Kinder liegt oft in der Form von massiver psychischer Erkrankung, die die Kinder gar nicht selber generiert haben, sondern die Probleme sind schon im Kern sozial vererbt.

Diese Häufung ist auch erschreckend, weil das ein Bereich ist, für den es keinen Handlungsleitfaden gibt. Diese Kinder fallen in kein Förder- bzw. Unterstützungskonzept und nicht unter die Regelung nach dem Sozialgesetzbuch und auch nicht in eine Förderung im Bereich „Lernen“. Die Probleme liegen eindeutig im sozial-emotionalen Bereich. Diesen Kindern fehlen die Bezugspersonen (die Eltern), Gesprächspartner, die sich um sie kümmern. Außerhalb des Unterrichts ersetzen dieses Vertrauens-/BeratungslehrerInnen und SozialpädagogInnen.

Die Zunahme von psychischen Erkrankungen bei Jugendlichen ist auch ein Thema in anderen Ganztagschulen.

Hierzu wurde aus der Mitte des Ausschusses bemerkt, dass dieses auch im Arbeitskreis „Junge Menschen“ Tenor aller Einrichtungen, die mit Kindern oder Jugendlichen arbeiten, ist.

Ferner bestand die Auffassung, dass sich Probleme auch in anderen Familien und nicht nur in Trennungsfamilien feststellen lassen. Herr Michael warf ein, dass es in der Tat nicht der Kausalzusammenhang ist; gemeint ist, dass dieses eine Gruppe von SchülerInnen ist, die eine besondere Form der Unterstützung braucht.

Es muss ein entsprechendes Unterstützungssystem in Schule und Kita's etc. aufgebaut werden.

Die Sozialindikatoren müssen an die Entwicklung im Stadtteil (eigentlich gesamtbremisch) angepasst werden; diese dürfen nicht als Argument herangezogen werden, bestimmte Förderungen nicht zu erhalten. Herr Michael machte deutlich, dass die an der Schule arbeitenden Sozialpädagogen ausschließlich über die Ganztagsbetreuung finanziert sind, um SchülerInnen im Ganztage zu betreuen.

Es müsse deutlich gemacht werden, dass die Kinder und Jugendlichen auch in Findorff bei Problemen ein Recht auf Unterstützung haben.

Es ergab sich eine umfassende Aussprache zw. Beirat, Gästen und Bevölkerung, in der unterschiedliche zu ergreifende Schritte (z. B. Eingehen von Bündnissen mit anderen Stadtteilen, um das Thema nicht separiert, sondern gesamtstädtisch zu sehen) diskutiert wurden.

Als Fazit der Diskussion wurde einvernehmlich vereinbart, dass in einem nächsten Schritt ein Gespräch mit dem Arbeitskreis „Junge Menschen“, in dessen Rahmen die geschilderten Probleme schon immer kurz angerissen, aber nie näher thematisiert wurden, geführt werden muss – im Arbeitskreis ist das Sozialzentrum ebenfalls involviert. Es müssen konkrete Fallzahlen (vom Amt für Soziale Dienste / Familienhilfemaßnahmen etc.) vorgelegt werden; statistisches Material, das u. a. Aussagen über festgestellte Steigerungen der Fallzahlen anzeigt, sollte hinzugezogen werden. Das Problem müsse über den gesamten Stadtteil und über alle Altersstufen der Kinder und Jugendlichen betrachtet werden. Unerlässlich ist auch die Einforderung von SozialpädagogInnen, insbesondere für die Bewältigung der angesprochenen Problemlagen an der Oberschule.

Wichtig ist ebenfalls, dass die Oberschule konkrete Fallzahlen und deren Entwicklung vorlegt.

Nach dem Gespräch im Arbeitskreis „Junge Menschen“ sollte im Fachausschuss (unter Hinzuziehung des Sozialzentrums) eruiert werden, wie weiter mit dem Thema umgegangen werden soll.

Ferner müsse diese Problemlage als gesamtbremsches Aufgabengebiet anerkannt werden; dazu bedarf es zusätzlicher Präventionsunterstützung, Hilfesysteme und – leitfäden, diese könnten auch gemeinsam mit den zuständigen Behörde entwickelt werden. Oft ist es so, dass gewisse Kinder nicht durch bestehende Hilfesysteme greifbar sind, da sie keines der klassischen Kriterien erfüllen.

Herr Gideon ergänzte, wenn über Auswirkungen, Entwicklungen, Strategien nachgedacht werden soll, müsse man auch den inklusiven Prozess im Fokus haben, Schule ist dort von Seiten der Behörde entsprechend aufgestellt (Stichwort: Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren – ReBUZ -).

TOP 4: Globalmittelanträge

Die Globalmittelvergabe wird im Rahmen der nächsten Beiratssitzung erfolgen.

Aufgrund der terminlichen Dringlichkeit wurde der Antrag des Vereins „Plantage 9 e.V.“, Kulturelle Veranstaltung/Tag der offenen Tür in der Plantage 9, dennoch aufgerufen und nach kurzer Aussprache einvernehmlich mit 500,-- Euro unterstützt.

TOP 5: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes

- Schreiben der Stiftung Wohnliche Stadt betr. Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung, hier: Förderlisten 2012 – Nachtrag -. Für die Projekte „Corveystraße/Neubau“ (angeblich lt. Satzung nicht finanzierungsfähig aus Mitteln der Stiftung), Altes Pumpwerk/Veranstaltungstechnik und die Spielplatzgestaltung Esslinger Straße sind keine Fördermittel bewilligt worden.
Absprache: Behandlung des Themas „Corveystraße/Neubau“ mit Fachamtsvertretern im Rahmen der nächsten Sitzung.
- Schreiben „Runder Tisch Schulsport Bremen“ (es erfolgt eine Verteilung des Schreibens an die Mitglieder des Beirates per E-Mail).
- Familien in Findorff e.V., Theodor-Heuss-Allee, Einweihung der Räumlichkeiten am 19.04., 17.00 Uhr. K.g.

Verschiedenes

Herr Michael berichtete, dass am 09.05., 16.00 Uhr, die Schulsolaranlage im Rahmen einer kleinen Feier in der Mensa offiziell eingeweiht wird. Herr Michael sprach an die Mitglieder des Beirates eine Einladung aus.

Vorsitzender:

Stellvertr. Sprecher:

Protokollantin:

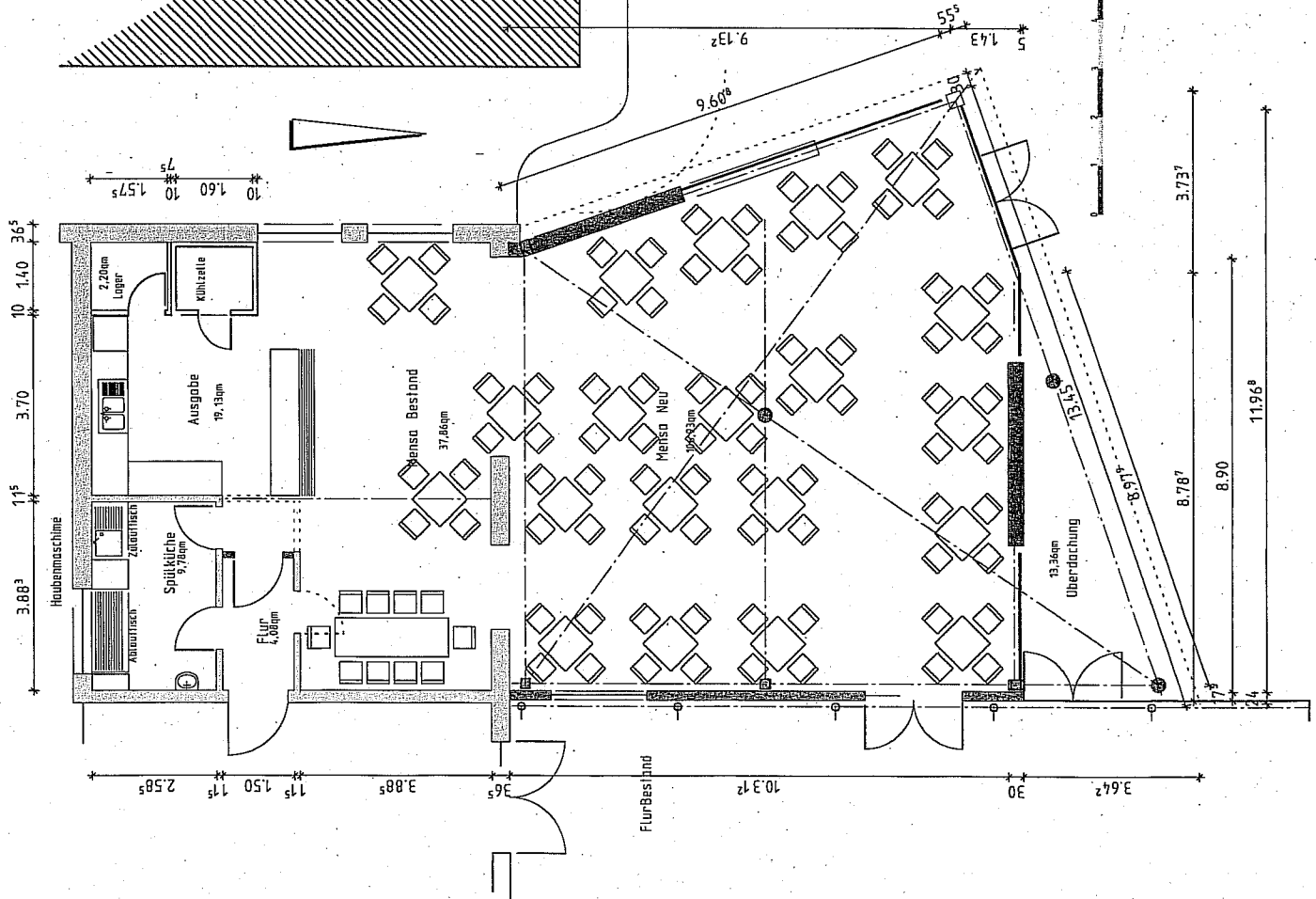
- Bischoff -

- Kötter -

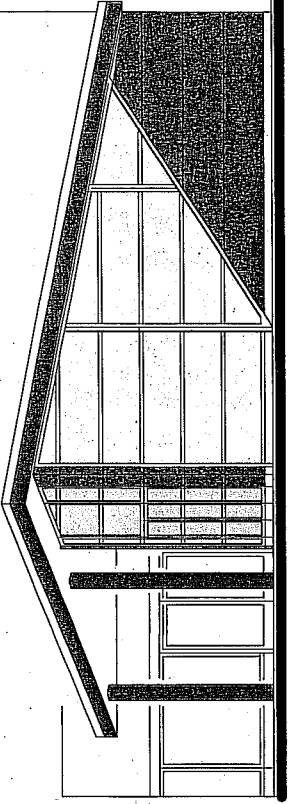
- Rohlf -

Anlagen

Grundriss EG



Westen



Entwurf Mensaerweiterung

Grundschule Admiralstr.

Grundriss EG / Ansichten M 1:100

G 2227 Grundlage Kostenberechnung

Maßstab M 1:100/A3	Bt. Nr. E-01- 03/12	erstellt J.Figna Immobilien bremen B30-4
-----------------------	------------------------	--

Norden

